

# Debatte

## „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, Kronprinzenpalais Berlin

### Bilder einer Ausstellung

von Michael Wildt

#### 1. Politik

Kaum eine Ausstellung hat, bevor sie überhaupt gezeigt wurde, bereits eine solche Kontroverse ausgelöst. Im März 1999 hatten Bundesvorstand und Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) beschlossen, ein Projekt zur Dokumentation der deutschen und europäischen Vertreibungen auf den Weg zu bringen. Ein Jahr später präsentierte der BdV ein Konzept für ein Zentrum, das neben dem „Schicksalsweg der deutschen Heimatvertriebenen“ auch eine „Dokumentation weltweiter Vertreibungen“ zeigen sollte.<sup>1</sup> Die anfängliche Resonanz in der Presse war durchaus positiv, und im September 2000 wurde dann offiziell die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen unter der Leitung von Erika Steinbach, Vorsitzende des BdV sowie CDU-Bundestagsabgeordnete, und Peter Glotz, der dieses Amt bis zu seinem Tod 2005 innehatte, gegründet.<sup>2</sup>

#### 1.1. Zentrum gegen Vertreibungen

Als Stiftungsziele wurden genannt: erstens, in einem Gesamtüberblick in Berlin das „Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte“ ebenso wie das der vier Millionen Spätaussiedler erfahrbar zu machen; zweitens die Veränderung Deutschlands durch die Integration der Flüchtlinge zu schildern. Drittens sollten gleichfalls „Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa“ dargestellt werden. Wörtlich heißt es: „Über den Genozid 1914/15 am armenischen Volk durch das Osmanische Reich hat die Völkergemeinschaft indolent hinweggesehen. Ethnische ‚Flurbereinigung‘ durch Zwangsumsiedlungen wurden 1922 vom Völkerbund nicht nur geduldet, sondern selbst beschlossen, und Hitler kalkulierte mit dem Desinteresse der Völkergemeinschaft bei seinen horriblen Vernichtungsplänen. Er setzte Schritt um Schritt sein

---

1 Vgl. *Samuel Salzborn*, Geschichtspolitik in den Medien: Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), Heft 12, 1120–1139, 1121 f.; eine ausgezeichnete Sammlung von Informationen zur Ausstellung „Erzwungene Wege“ findet sich auf der website des Themenportals *Zeitgeschichte-online*: <http://www.zeitgeschichte-online.de/site/40208110/default.aspx> (3.4.2007).

2 Weitere Informationen unter der website des Zentrums: <http://www.z-g-v.de> (3.4.2007).

grausames Werk an unseren jüdischen Mitbürgern und an den europäischen Juden fort. Er öffnete die Büchse der Pandora vollständig. Und so gab es auch nach ihm kein Halten.“<sup>3</sup> Historiker wie Jörg Baberowski, Lothar Gall, Horst Möller, Hermann Schäfer, Julius Schoeps, Michael Wolfsohn gehören dem Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung ebenso an wie Arnulf Baring, Helga Hirsch, Hilmar Kopper, Rüdiger Safranski oder Christoph Stözl.

## 1.2. Europäisches Zentrum

Die rot-grüne Bundesregierung ging zunächst auf Distanz zu dem Projekt und lehnte eine Finanzierung aus dem Staatshaushalt ab.<sup>4</sup> Statt dessen regte Michael Naumann, damals Staatsminister für Kultur, eine Ausstellung über Flucht und Vertreibung an, die vom Bonner Haus für Geschichte der Bundesrepublik Deutschland organisiert werden sollte und im Laufe der folgenden Jahre besondere Fördermittel der Bundesregierung erhielt. Nach längeren Debatten und verschiedenen Anträgen nahm der Bundestag am 4. Juli 2002 mit den Stimmen von SPD und Grünen eine EntschlieÙung an, in der ein europäischer Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen befürwortet wird. Ein solches Zentrum soll „die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren. Die Betroffenen sollten ihr Schicksal und Leid in dieser Dokumentation wiedererkennen können – und gleichzeitig das der Vertriebenen anderer Völker sehen.“ Einen Ort für das Zentrum legte der Bundestag nicht fest, sondern beschloss, dass dies „in europäischer Zusammenarbeit beraten und entschieden werden“ müsse. Der Antrag von CDU/CSU zur Unterstützung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und Errichtung dieses Zentrums in Berlin wurde dagegen abgelehnt.<sup>5</sup>

Der SPD-Politiker Markus Meckel hatte bereits im Frühjahr 2002 die Idee ins Spiel gebracht, ein solches Zentrum nicht in Berlin, sondern in Wroclaw/Breslau zu bauen. Dem Aufruf „Gemeinsame Erinnerung als Schritt in die Zukunft. Für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsaussiedlungen und Deportationen – Geschichte in Europa gemeinsam aufarbeiten“ schlossen sich über 120 Unterzeichner aus Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn an.

Wichtige politische Grundlage der Initiative ist die deutsch-polnische Danziger Erklärung vom 29. Oktober 2003 der damaligen Staatspräsidenten Johannes Rau und Aleksandre Kwasniewski, in der beide dazu aufforderten, in einem europäischen Dialog alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, die sich im 20.

---

<sup>3</sup> Aufgabe und Ziele der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, <http://www.z-g-v.de> (3.4.2007).

<sup>4</sup> Antwort der Bundesregierung vom 19.7.2000 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3922.

<sup>5</sup> Antrag Fraktion der SPD, namentlich u. a. Markus Meckel, sowie Bündnis 90/Die Grünen vom 14.5.2002, sowie BeschluÙempfehlung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, Drucksachen 14/9033 und 14/9661; Antrag Fraktion der CDU/CSU, namentlich u. a. Rita Süßmuth und Erika Steinbach, vom 19.3.2002, Drucksache 14/8594 (neu); Amtliches Protokoll der 248. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4.7.2002.

Jahrhundert in Europa ereignet haben, gemeinsam zu dokumentieren, um ihre Ursachen, ihre historischen Hintergründe und ihre vielfältigen Konsequenzen für die Öffentlichkeit verständlich zu machen.<sup>6</sup>

### 1.3. Europäisches Netzwerk

Darüber hinaus entstanden aber auch aus der Wissenschaft heraus Initiativen, das Thema Vertreibungen zu europäisieren. Eine Tagung im Dezember 2002 in Darmstadt stand explizit unter dem Thema „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftsvisionen“, auf der eine entsprechende Erklärung beschlossen wurde.<sup>7</sup> Im März 2004 fand in Bonn ein weiteres wissenschaftliches Kolloquium statt, das gleichfalls mit einer Erklärung endete, in der nicht mehr ein Zentrum als vielmehr „Ein Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“ gefordert wurde. Gedenken, Erinnerung und intellektuelle Verarbeitung der Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert seien eine europäische Aufgabe. Zu diesem Zweck solle eine „Europäische Stiftung“ gegründet werden, die nicht von einem einzigen Land, sondern von verschiedenen nationalen wie europäischen Institutionen finanziert wird.<sup>8</sup>

Seither wogte der politische Streit, innen- wie außenpolitisch. Selbstverständlich beobachteten insbesondere Polen und Tschechen die Auseinandersetzung um das geplante Zentrum gegen Vertreibungen mit kritischem Blick, denn die dominierende Stellung des Bundes der Vertriebenen bei diesem Projekt ließ den Verdacht nicht verschwinden, dass mit dem Zentrum Geschichtsrevision betrieben und die mühsame Balance der historischen Interpretationen, wie sie zum Beispiel in der deutsch-polnischen Schulbuchkommission erreicht worden ist, wieder zerstört wird.<sup>9</sup> Zudem gab der BdV selbst immer wieder zu erkennen, dass im Mittelpunkt seiner Zentrumsinitiative das Gedenken der deutschen Opfer stehen sollte. „Das Zentrum gegen Vertreibungen“, hieß es in einer Pressemitteilung vom August 2003, „ist zunächst eine innenpolitische Angelegenheit Deutschlands. Es geht darum, den deutschen Vertriebenen jenes Maß an Mitgefühl zu signalisieren, das ihnen in den letzten Jahrzehnten weitgehend verweigert wurde.“<sup>10</sup>

Nach der „Danziger Erklärung“ unternahm die rot-grüne Regierung offensicht-

6 Weitere Informationen auf der website von Markus Meckel: [www.markusmeckel.de](http://www.markusmeckel.de) (3.4.2007).

7 Die Tagung ist dokumentiert in dem Sammelband: *Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst (Hg.)*, Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen, Wiesbaden 2003. Die Erklärung ist auch veröffentlicht in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), Heft 1, 102–104. Dieses Heft ist thematisch insgesamt dem Schwerpunkt „Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive“ gewidmet.

8 Zur Bonner Tagung siehe den Sammelband: *Anja Kruke (Hg.)*, Zwangsmigration und Vertreibung. Europa im 20. Jahrhundert, Bonn 2006; dort ist auch die „Bonner Erklärung“ abgedruckt: ebenda, 33–36.

9 Vgl. zur Debatte in Polen: *Piotr Madajczyk*, Das „Zentrum gegen Vertreibungen“, das polnische und deutsche historische Gedächtnis und die deutsch-polnischen Beziehungen, in: Ulf Brunnbauer u. a. (Hg.), Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung. „Ethnische Säuberungen“ im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts, Münster 2006, 240–280; *Anna Hofmann/Basil Kerski* (Hg.), Deutsche und Polen: Erinnerung im Dialog, Osnabrück 2007.

10 Zit. nach *Salzborn*, Kontroverse, 1124.

lich einige Anstrengungen, um eine europäische Initiative in Gang zu setzen. Im April 2004 gelang ein erstes europäisches Ministertreffen in Warschau, an dem die Kultusminister aus Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Österreich teilnahmen, um sich über ein europäisches Netzwerk zum Thema Vertreibungen zu verständigen. Anfang Februar 2005 unterzeichneten die Kulturminister Polens, der Slowakei, Ungarns und Deutschlands – ohne Tschechien und Österreich – eine Erklärung zur Bildung für „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“. Thema des Netzwerks sei „die Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigration sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen“. Das Zentrum sollte ein gemeinsam finanziertes Sekretariat in Warschau und einen paritätisch besetzten Lenkungsausschuß erhalten.<sup>11</sup> Aus Mitteln des Auschwitz-Überlebenden Jozef Szajna ist mittlerweile eine Stiftung nach polnischen Recht gegründet und der polnische Historiker Andrzej Przewoznik zum Vorsitzenden gewählt worden.<sup>12</sup> Erika Steinbach und Peter Glotz begrüßten im Namen der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen die europäische Initiative und meldeten ihren Anspruch auf Teilnahme an: „An diesem Netzwerk wollen wir als Stiftung mitwirken und unsere umfangreichen Erfahrungen einbringen, sobald es Wirklichkeit ist.“<sup>13</sup>

Nach dem Wechsel zur Großen Koalition schienen sich innerhalb der Bundesregierung die Sorge um die außenpolitischen Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarn, insbesondere Polen, und das beharrliche Engagement des BdV für ein Zentrum in Berlin die Waage zu halten. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen und historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Sie will im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein wichtiges Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisherigen beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“<sup>14</sup> Und bei ihrem Antrittsbesuch in Warschau Anfang Dezember 2005 bekräftigte Bundeskanzlerin Merkel, dass die „Danziger Erklärung“ eine gute Grundlage für ein europäisches Netzwerk sei.<sup>15</sup> Zugleich hielt sie, wie jüngst auf der Gedenkveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „60

11 Absichtserklärung über die Gründung eines „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität“, <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/33/782733/multi.htm> (3.4.2007).

12 *Gerhard Gnauck*, Für eine Wiedervereinigung der Erinnerung, *Neue Zürcher Zeitung*, 23.11.2005.

13 Erklärung von Erika Steinbach und Peter Glotz, Vorsitzende des Zentrums gegen Vertreibungen: „Wir wünschen dem Vorhaben ‚Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen‘ Erfolg“, 30.4.2004, <http://www.z-g-v.de/aktuelles/index.php3?id=172> (3.4.2007).

14 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005, S. 114, [http://www.bundesregierung.de/nsc\\_true/Content/DE/\\_Anlagen/koalitionsvertrag.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/koalitionsvertrag](http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/_Anlagen/koalitionsvertrag.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/koalitionsvertrag) (3.4.2007)

15 Pressemitteilung des Bundeskanzleramtes, 2.12.2005, [http://www.bundeskanzlerin.de/nn\\_4802/Content/DE/Reiseberichte/pl-wir-wollen-die-beziehungen-zukunftsgewandt-ausrichten.html](http://www.bundeskanzlerin.de/nn_4802/Content/DE/Reiseberichte/pl-wir-wollen-die-beziehungen-zukunftsgewandt-ausrichten.html) (3.4.2007).

Jahre Vertreibung – 60 Jahre Wege zur Versöhnung“ am 18. September 2006 an dem Plan, ein Zentrum in Berlin zu errichten, fest.<sup>16</sup>

#### 1.4. Kompromisse

Somit existieren bislang mehrere Projekte: erstens das nunmehr seit über sieben Jahre forcierte Projekt des BdV für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, das auf Ministerebene von vier europäischen Staaten getragen wird, und die Initiativen von Markus Meckel sowie der Unterzeichner der „Bonner Erklärung“ 2004 für ein europäisches Netzwerk gegen Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert, finanziert von einer europäischen Stiftung.

Wie das „sichtbare Zeichen“ beschaffen sein soll, von dem im Koalitionsvertrag die Rede ist, ist in der Großen Koalition nicht unumstritten, aber die Parteien sind sich in ihren Positionen näher, als es der äußere Schein der Debatte nahe legt. Einig sind sich nämlich alle Parteien, dass die Ausstellung „Flucht, Integration, Vertreibung“, vom Bonner Haus der Geschichte, die auf überaus positive Resonanz stieß,<sup>17</sup> ein Kernstück dieses „Zeichens“ sein soll und es bei der Zusammenarbeit mit dem europäischen Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“ bleiben muss. Da eine solche ständige Ausstellung selbstredend eine Einrichtung braucht, dreht sich die Auseinandersetzung innerhalb der Parteien offensichtlich nur noch um die Form. Nach Auffassung der SPD sollte es sich um eine öffentliche, staatliche Trägerschaft handeln, wobei über das Dach der Trägerschaft noch zu diskutieren sei.<sup>18</sup> Bei der CDU/CSU ist von einer Dokumentationsstätte die Rede, und auch die FDP will einen Dokumentations- und Erinnerungsort, möchte allerdings sicherstellen, dass der BdV die Arbeit dieses zukünftigen Zentrums nicht dominieren darf.<sup>19</sup> Zwar ist über den Ort dieser Dokumentationsstätte nur verhalten die Rede, aber man braucht kein Hellseher zu sein, um voraussagen zu können, dass es Berlin sein wird.

Damit zeichnet sich die paradoxe Konsequenz ab, dass trotz aller Beschwörungen des europäischen Charakters der Vertreibungen aufgrund der politischen Konstellation und Polarisierung auf der einen Seite eine nationalstaatliche Dokumentationsstätte in Berlin mit einer stark auf die Deutschen bezogenen Ausstellung entsteht, während auf der anderen Seite der eher national grundierte und politisch umstrittene Vorstoß des Bundes der Vertriebenen nach siebenjähriger Debatte zu einer Ausstellung geführt hat, die eben jenem Anspruch, die europäische Dimension zu zeigen, in bemerkenswerter Weise entspricht.

<sup>16</sup> Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 18.9.2006, [http://www.cducsu.de/section\\_1/subsection\\_5/id\\_1792/Meldungen.aspx](http://www.cducsu.de/section_1/subsection_5/id_1792/Meldungen.aspx) (3.4.2007).

<sup>17</sup> Vgl. das Begleitbuch zur Ausstellung: *Flucht – Vertreibung – Integration*, herausgegeben vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006; zur öffentlichen Resonanz siehe die Sammlung von Pressestimmen unter: <http://www.zeitgeschichte-online.de/go/rainbow/40208192/de/DesktopDefault.aspx> (3.4.2007).

<sup>18</sup> *Monika Griefahn*, Sichtbares Zeichen braucht den europäischen Dialog, in: *politik und kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrates*, Nr. 2/2007, März-April 2007, 14 f.

<sup>19</sup> *Wolfgang Börnsen*, Sichtbares Zeichen gegen Vertreibungen, in: ebenda, 14; *Hans-Joachim Otto/Christoph Waitz*, Erinnerung an die Vergangenheit und Auftrag für die Zukunft, in: ebenda, 15.

## 2. Erinnerung

Gleich zu Beginn der beiden Ausstellungen wird dieser Unterschied sichtbar. Während nämlich am Eingang der viel gelobten Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ eine Tafel allgemein auf die Millionen zur Flucht gezwungenen und vertriebenen Menschen in Europa im 20. Jahrhundert aufmerksam macht, um dann sogleich auf das besonders schwere Schicksal der deutschen Vertriebenen hinzuweisen, ohne näher auf Ursachen und Kausalitäten einzugehen,<sup>20</sup> werden die Besucher der Ausstellung „Erzwungene Wege“ eingangs mit einer Tafel konfrontiert, die Gründe nennt: „Mehr als 30 Völker Europas haben im 20. Jahrhundert als Ganzes oder in Teilen ihre Heimat verloren. In dieser Ausstellung sollen gemeinsame, aber auch unterschiedliche Ursachen, Wirkungen und Folgen von Zwangsmigrationen dokumentiert werden. Dabei wird keine Gewichtung der Leiden jedes einzelnen Betroffenen vorgenommen. Vielmehr folgt die Ausstellung dem Postulat der unteilbaren Humanitas. Die Umsetzung der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaats ist eine der Hauptursachen für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten im 20. Jahrhundert. Rassismus und Antisemitismus waren neben dem Nationalismus weitere Antriebskräfte für Vertreibung und Vernichtung.“<sup>21</sup>

Danach betritt man einen großen Raum, an dessen Wänden rundum ein Leuchtafelfries mit Stationen europäischer Vertreibungen installiert ist und in dessen Mitte sich Leuchtwürfel befinden, die einzelnen Fällen gewidmet sind und dazu einladen, den Schilderungen individueller, namentlich genannter Menschen zuzuhören, die von ihren Gewalterfahrungen berichten.

### 2.1. Armenien

Beide Ausstellungen beginnen mit den Deportationen und Ermordungen der Armenier 1915/16 und dem so genannten Bevölkerungstransfer zwischen Griechenland und der Türkei 1923. Aber die Ausstellung „Erzwungene Wege“ holt weiter aus und fängt mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches an. Dessen schleichender Niedergang, bedingt durch imperiale Überdehnung und Reform- wie Modernisierungsversäumnisse, hätten die europäischen Großmächte ermuntert, territoriale wie wirtschaftliche Interessen zu verfolgen und die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanvölker zu unterstützen. „Die Nationalstaatsideen dieser Völker richteten sich in erster Linie gegen die türkische Herrschaft, doch gingen sie auch auf Kosten der jeweiligen Nachbarn. Ob Griechen, Serben, Bulgaren, Rumänen oder Albaner, jede nationale Erweckung war mit einem territorialen Maximalpro-

---

<sup>20</sup> Wörtlich heißt es in der Kurzbeschreibung der Ausstellung: „Zwischen 60 und 80 Millionen Menschen müssen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts allein in Europa ihre Heimat verlassen. Durch den vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg erreichen Flucht und Vertreibung eine neue, erschreckende Dimension. Die Deutschen sind mit bis zu 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen am stärksten betroffen.“ Begleitprospekt zur Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006, auch unter: <http://www.hdg.de> (3.4.2007).

<sup>21</sup> Katalog zur Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, hrsg. vom Zentrum gegen Vertreibungen, Berlin 2006, 22.



Abb. 1: Blick in den Ausstellungsraum „*Erzwungene Wege*“ (Archiv des Verfassers)

gramm verbunden. Bereits während der Orientkrise 1875–1878 kam es zu Vertreibungen. Vor allem Türken, etwa aus Bosnien, waren die Opfer.“ Die Balkankriege 1912/1913 führten dann zur weitgehenden Vertreibung – der Ausstellungstext verwendet den Begriff *Verdrängung* – der Osmanen aus Südosteuropa.<sup>22</sup>

Türkische Intellektuelle, so heißt es weiter, „entwickelten nun einen neuen Staatsgedanken: Fort vom altertümlichen Vielvölkerreich hin zum ‚modernen‘, ethnisch homogenen türkischen Einheitsstaat.“ Der territoriale Schwerpunkt wurde nach Kleinasien verlagert, Anatolien zur türkischen Urheimat erklärt, von wo aus alle Turkvölker vereinigt werden sollten. „Aus Europa übernommene Rassegedanken spielten bei diesen geostrategischen Überlegungen eine Rolle. Während des Ersten Weltkrieges nahm diese Ideologie radikale Formen an. Nicht-Muslime wie Armenier und Griechen aber auch kleinere ethno-religiöse Gruppen wie die aramäischsprachigen Assyrer wurden ihre Opfer.“<sup>23</sup>

Dieser Passus ist deshalb so ausführlich vorgestellt, weil damit deutlich wird, wie vielschichtig und begrifflich zurückhaltend in der Ausstellung argumentiert wird. Hier sind weder grobschlächtige Formulierungen zu finden noch vordergründige oder eindimensionale Erklärungen. Die Haltung der deutschen Reichsregierung,

<sup>22</sup> Ebd., 26.

<sup>23</sup> Ebd.

die, obwohl in Kenntnis der Deportationen und Massenmorde an den Armeniern, keine Anstalten machte, den Kriegsverbündeten zu kritisieren, geschweige denn Anstrengungen zu unternehmen, um den Verbrechen Einhalt zu gebieten, findet ebenfalls umfassendere Erwähnung als in der parallelen Bonner Ausstellung.

Auch die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ argumentiert mehrdimensional, doch wird dort der Nationalismus als Hauptbeweggrund für die Vertreibungen genannt. Die historischen Rückblicke auf die Vertreibung der armenischen Bevölkerung wie der vertraglich vereinbarte „Bevölkerungsaustausch“ 1923 zwischen Griechen und Türken dienen dieser Ausstellung als Exempel für das „Jahrhundert der Vertreibungen“. Damit soll verhindert werden, dass der Blick nicht auf das Ende des Zweiten Weltkrieges verengt wird. Der Schwerpunkt der Bonner Ausstellung jedoch liegt erklärtermaßen auf der Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung.

## 2.2. Nationalsozialismus

Dass deren Schicksal nach dem Krieg in erster Linie eine Folge der nationalsozialistischen Volkstums- und Eroberungspolitik war, ist ein wichtiges Anliegen der Bonner Ausstellung. Die Besucher müssen einen schwarz gehaltenen Durchgang passieren, in dem die Verbrechen des deutschen Besatzungsregimes dargestellt sind. Da zudem Abbildungen wie Texte schräg nach unten montiert sind, man sich also bücken muss, um sie zu lesen und zu betrachten, zwingt diese Installation zu einer gebeugten Körperhaltung, die möglicherweise beides, die Unterdrückung durch die deutsche Besatzung damals wie Ausdruck von Schuldbewusstsein heute, in pädagogischer Absicht symbolisieren soll. Erst danach tritt man in den Bereich der Ausstellung, der sich mit der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches beziehungsweise annektierten Regionen befasst.

Auch die Ausstellung „Erzwungene Wege“ widmet ein eigenes Kapitel der Verfolgung der deutschen Juden, in dem die systematische Ausgrenzung, Entrechtung, Ausplünderung und Vertreibung bis hin zum Beginn der Vernichtungspolitik nach dem Überfall auf Polen geschildert wird. Aber sie erklärt auch: „Die Darstellung der Ermordung der europäischen Juden ist nicht Thema dieser Ausstellung. Die Ausstellung zeigt vielmehr den schrittweisen Prozess der Vertreibung bis zum Holocaust.“<sup>24</sup> Im Anschluss werden die Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen von Polen aus den von NS-Deutschland annektierten westpolnischen Gebieten thematisiert wie die sowjetischen Deportationen der Wolgadeutschen, Inguschen, Krimtataren, Ukrainern wie der „Bevölkerungsaustausch“ zwischen UdSSR und Polen nach 1945 durch die Westverschiebung Polens. Bis 1948 verloren etwas 1,2 Millionen Polen ihre ostpolnische Heimat und wurden in den ehemals von Deutschen besiedelten Gebieten in Ostpreußen und Schlesien angesiedelt. Ebenso wurden nahezu eine halbe Million Ukrainer aus Polen in die Ukraine umgesiedelt. Der in Polen verbliebenen ukrainischen Minderheit wurde der Gebrauch der eigenen Sprache wie die Ausübung des orthodoxen Gottesdienstes verboten.

Während den völkischen, sudetendeutschen Aktivitäten in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, werden hingegen

---

24 Ebd., 51.

die zum größten Teil erzwungenen Migrationen im Baltikum seit 1939 ausführlich dargestellt, die ihre Ursache sowohl in dem Bemühen des NS-Regimes hatte, die Volksdeutschen „Heim ins Reich“ zu holen, also auch in den entgrenzten, rassistischen Siedlungsplänen, die mit diesen Volksdeutschen verwirklicht werden sollten. Es ist in diesen Kapiteln über die Volksdeutschen ein schönfärberischer Ton nicht vermieden worden. Zwar wird nüchtern und faktengetreu konstatiert, dass die Neuankömmlinge die Wohnungen, Höfe, Betriebe der zuvor vertriebenen Polen und Juden erhielten. Dann aber heißt es, dass diese erst vor Ort erkannten Tatsachen meist mit Entsetzen, Beklommenheit und Scham wahrgenommen, die Unterkünfte als gestohlen und geraubt empfunden wurden. Doch hätten das gleichzeitige Erleben von Krieg und Heimatverlust sowie ein notwendiger Pragmatismus beim Aufbau einer eigenen Existenz diese Empfindungen bald in den Hintergrund treten lassen – eine historisch kaum belegbare und verharmlosende Aussage, die die Verbundenheit der Umsiedler mit dem NS-Regime verdeckt.

Erst danach – und mittlerweile haben wir bereits die Hälfte des Ausstellungsraumes umschritten – setzt das Kapitel zur Vertreibung der Deutschen ein. Der Vorwurf, der in der Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen immer wieder erhoben worden ist, dass der ursächliche Zusammenhang von Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945 mit der Entfesselung des Krieges und der Germanisierungspolitik durch die Nationalsozialisten nicht genügend zum Ausdruck käme, ist dieser Ausstellung nicht zu machen.

Es ist sogar überraschend, dass dieses Geschehen keinen großen Raum einnimmt, eher nüchtern-trocken denn dramatisierend-emotional geschildert wird, wohingegen die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ die Todesnot, die Verzweiflung, die Entbehrungen in zum Teil erschütternden Bildern, Filmen und Zeitzeugenberichten darstellt. Zum Beispiel wird in einem eigenen Raum die Torpedierung des Flüchtlingsschiffes „Wilhelm Gustloff“ mit Ausschnitten aus dem dramatischen Spielfilm „Nacht fiel über Gotenhafen“ aus dem Jahr 1959 inszeniert, während es in der Berliner Ausstellung lapidar heißt: „Tragödien spielten sich beim Untergang torpedierter Flüchtlingsschiffe ab, für die der Name der versenkten ‚Wilhelm Gustloff‘ zum Synonym wurde.“<sup>25</sup>

### 2.3. Nachkrieg

In der Bonner Ausstellung beginnt nun der größte und wesentliche Teil „Integration“, in dem – übrigens in gleicher Weise für beide deutschen Staaten – ausführlich die staatlichen wie gesellschaftlichen Leistungen dargestellt werden, um die Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, die in der DDR bloß „Umsiedler“ heißen durften, zu integrieren. Gezeigt wird aber auch der Gewinn, den beide deutschen Nationalökonomien aus der Arbeitsleistung dieser Gruppen zogen, denn im Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit stellten sie die dringend benötigten zusätzlichen Arbeitskräfte in der Industrie. Erst Ende der fünfziger Jahre wurde der Facharbeitermangel so groß, dass man in Westdeutschland damit begann, so genannte „Gastarbeiter“ aus dem europäischen Ausland anzuwerben.

---

<sup>25</sup> Ebd., 77.

Die Berliner Ausstellung setzt hingegen ihre Darstellung der Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts mit der Umsiedlung der finnischen Karelrier durch die Sowjets 1939/40 bis 1944 und der Vertreibung von Italienern aus Istrien am Ende des Zweiten Weltkrieges fort, wobei hervorgehoben wird, dass „ethnische Säuberungen“ zur Herrschaftspolitik der deutschen wie italienischen Besatzungsmächte in Jugoslawien gehörten, wie die jugoslawischen Partisanen ihrerseits mit brutaler Gewalt, auch gegen Alte und Kinder, alle Italiener aus der Region zu vertreiben suchten.

Nach dem Zypernkonflikt 1963/64 und 1974/75, der mit der Teilung der Insel und einem entsprechenden „Bevölkerungsaustausch“ zwischen dem griechischen und türkischen Teil endete, behandelt der letzte Teil der Ausstellung die Kriege und Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien nach 1991. Folgerichtig endet die Ausstellung mit dem Abkommen von Dayton vom November 1995, mit dem zum ersten Mal Vertreibungen nicht nur ausdrücklich geächtet, sondern auch den Vertriebenen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat gewährleistet wird.

Ist das die „eigentliche“ Botschaft der Ausstellung „Erzwungene Wege“? Vielleicht – aber es gibt noch einen zweiten Ausstellungsraum, in dem „Heimat“ auf eine sehr vielfältige Weise thematisiert wird. „Heimat kann ein konkreter Ort sein“, heißt es dort, „genauso ein Nicht-Ort, d.h. Erinnerung an Orte und Landschaften oder die Sehnsucht nach diesen.“ Die Erinnerung an die Heimat umfasse allerdings nicht nur die Landschaft oder den Besitz, sondern auch die kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten, die lokale Religionsgemeinschaft oder die Sprache. Die kriegerische Zerstörung und Vertreibung habe eine existentielle Verlust Erfahrung entstehen lassen, die stark zur Idealisierung des Verlorenen beigetragen habe. „Der Verlust der Heimat ist der schmerzliche Ausgangspunkt für eine Erinnerungskultur, die sich in verschiedensten Artefakten spiegelt. In den Dingen manifestieren sich die Geschichten, die für die meisten Vertriebenen Heimat bedeuten.“<sup>26</sup>

Solche Dinge, persönliche Gegenstände, Besteck, Handwerkszeug, religiöse Gegenstände, Bilder, Spielzeug, Fotoalben, Liederbücher, Kleidungsstücke, Geschirr, Möbelstücke werden in Kuben gezeigt, die übereinander getürmt das schreckliche Wirrwarr der Flucht, die Willkürlichkeit dessen, was man mitnehmen konnte, und doch auch den Zusammenhang zeigen, den diese Dinge stiften.

„Lager“ bildet das zweite Stichwort in diesem Ausstellungsraum: Flüchtlings- und Durchgangslager, Baracken- und Aufnahmelager, Arbeits- und Konzentrationslager. „Es ist die machtpolitische Verfügungsgewalt über das Individuum, die das ‚nackte Leben‘ des Einzelnen – sowohl in totalitären als auch in demokratischen Systemen – in einer Lagersituation so dramatisch hervortreten lässt. Davon zeugen auf der einen Seite Verwaltungsakten, Nummerierungen und Platzanweisungen. Auf der anderen Seite künden persönliche Artefakte – häufig in äußerster Not fabriziert – vom individuellen Kampf darum, mehr als nur das ‚nackte Leben‘ aus dem Lager davonzutragen.“<sup>27</sup>

---

26 Ebd., 116.

27 Ebd., 130.



Abb. 2: Blick in den zweiten Ausstellungsraum „Erzwungene Wege“ (Archiv des Verfassers)

### 3. Kritik

Worin liegt das Anstößige der Ausstellung „Erzwungene Wege“? Zunächst provozierte sie eine Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Die Ausstellung war noch nicht eröffnet, da erklärte der stellvertretende polnische Kulturminister Krzysztof Olendki, dass sie eine einseitige Sicht auf die Vergangenheit werfe. Zwar räumte er ein, dass er die Ausstellung nicht gesehen habe, aber er kenne Konzeption und Gestalter. Leihgaben für die Ausstellung wurden zurückverlangt, der Warschauer Bürgermeister und vormalige polnische Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz sagte einen seit langem geplanten Besuch in Berlin wegen der Ausstellung ab. Und der amtierende polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski urteilte: „Das ist eine sehr schlechte, beunruhigende und traurige Initiative. Wir wünschen uns, dass alles, was sich mit dem Namen Erika Steinbach verbindet, so schnell wie möglich zu Ende geht; den es bringt nicht Gutes für Polen, Deutschland und Europa.“<sup>28</sup>

Kaczynski offenbarte damit, dass es nach wie vor in erster Linie um Politik geht;

<sup>28</sup> Zitiert nach: Sammlung Pressestimmen zur Ausstellung „Erzwungene Wege“, <http://www.zeitgeschichte-online.de/site/40208110/default.aspx> (3.4.2007).

aber die heftige polnische Kritik machte zugleich deutlich, dass eine Ausstellung ebenso wie jedes andere Zentrum oder Netzwerk kein bloßer Gegenstand der Forschung und Dokumentation sein kann. Ein solches Projekt bleibt eine europäische politische Angelegenheit, über die gestritten wird, insbesondere wenn es um die Vertreibung der Deutschen nach 1945 geht. Damit wird das außenpolitische Verhältnis zu Polen und Tschechien berührt, was niemand, der sich mit einer Ausstellung oder Dokumentationsstätte an die Öffentlichkeit wagt, außer Acht lassen kann.

In dieser Hinsicht hat es die Bonner Ausstellung mit ihrem nationalen, auf Deutschland ausgerichteten Blick auf eine paradoxe Weise einfacher, weil sie in der Beschränkung auf den deutschen Fall tiefer gehen und sowohl die unzweifelhafte Ursache, die nationalsozialistische Eroberungs- und Volkstumspolitik, benennen kann als auch in der ausführlichen Darstellung der Integration in der Lage ist, die vielfältigen Initiativen zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn, einschließlich Ostverträge und Grenzanerkennung, und selbst Kritik an der Politik der Vertriebenenverbände darzustellen. Die nationale Bearbeitung des Themas Flucht und Vertreibung scheint im „Europa der Vaterländer“ (Charles de Gaulle) die weiterhin überzeugendste zu sein.

Der zweite Haupteinwand richtete sich gegen die These der Ausstellung überhaupt. „Mit dieser vermeintlichen Europäisierung des deutschen Vertriebenen-schicksals will sie doch nur eines erreichen: die Vertreibung der Deutschen in eine Reihe mit wirklichen Genoziden stellen wie dem an den Armeniern oder gar mit der Judenvernichtung“, urteilte Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung.<sup>29</sup> In ähnlicher Weise kritisierte Christian Semler, dass die Verfolgung der Juden bis 1939 als ein Vertriebenen-schicksal erscheine und damit der innere Zusammenhang des Holocaust relativiert werde.<sup>30</sup>

Damit wird in der Tat ein grundlegendes Problem berührt, welchen Stellenwert die Shoah in der deutschen wie europäischen Erinnerung einnehmen soll. In Deutschland besitzt diese Frage eine zentrale Bedeutung, prägt sie doch das politische Selbstverständnis, ja die Staatsräson der Bundesrepublik wie vormals auch der DDR. Die Kontroversen um die „Wehrmachtsausstellung“ haben diesen Konflikt um Deutungsmacht noch einmal scharf vor Augen geführt. Für den westlichen Teil Europas ist der Holocaust so etwas wie ein „negativer Gründungsmythos“, der, wie Michael Jeismann argumentierte, durch das europäische Verfolgungsschicksal der Juden zur Europäisierung der Geschichte Europas beitrug.<sup>31</sup>

Im östlichen Europa besitzt die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fortsetzende Diktaturerfahrung unter dem Kommunismus eine mindestens gleichrangige Bedeutung, wie sich in der spektakulären Kontroverse zwischen der lettischen Außenministerin Sandra Kalniete, die auf einer einheitlichen Erinnerung an

<sup>29</sup> Zitiert nach *Richard Herzinger*, Willkommen in der Ausstellung, Welt am Sonntag, 6.8.2006, ebenda.

<sup>30</sup> *Christian Semler*, Verwischte Spuren, taz, 12.8.2006, ebenda.

<sup>31</sup> *Michael Jeismann*, Völkermord oder Vertreibung. Medien der Europäisierung?, in: *Historische Anthropologie* 13 (2005), Heft 1, 111–120.

Völkermord und Diktatur bestand, und Salomon Korn, Mitglied des Zentralrats der deutschen Juden, der auf der Singularität des Holocaust beharrte, im Frühjahr 2004 zeigte. Dieser Streit ist noch nicht geklärt, und vielleicht beweist die Entwicklung der Debatte um eine europäische Erinnerung an die Vertreibungen, dass der Zeitpunkt für eine Europäisierung dieser Erinnerung noch nicht gekommen ist.

#### 4. Gewalt

In der Tat behandeln die Erinnerungsprojekte, die sich allein den Zwangsmigrationen, Deportation und Vertreibungen in Europa widmen, nur einen Teil der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Zu Recht kritisierte Peter Jahn, Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, dass die Millionen getöteter Kriegsgefangener in der Ausstellung „Erzwungene Wege“ keine Erwähnung finden, und Christian Semler insistierte darauf, dass der „Generalplan Ost“, der die Versklavung, Deportation und Ermordung von Millionen Menschen vorsah, etwas grundsätzlich Anderes sei als „ethnische Säuberungen“.<sup>32</sup> Die Shoah gehört ebenso in den Gewaltzusammenhang dieses Jahrhunderts wie die stalinistische Politik, die Millionen von Menschen das Leben kostete. Vorschnelle Zuschreibungen, es handle sich „ethnische Säuberungen“ hier und um „Genozid“ dort, lassen die Differenzen um Gewaltformen verschwinden, die zu klären erst noch Aufgabe der Forschung ist.

Wer von „ethnischen Säuberungen“ oder „Genozid“ spricht, hat das Ergebnis seiner historischen Analyse bereits in die begriffliche Terminologie gelegt, mit der er arbeitet. Der Gegenstand der Untersuchung, ob Ethnie oder Genus, wird als gegeben vorausgesetzt, gewissermaßen als ein nicht mehr gesondert zu befragendes Apriori. Insofern schafft die Forschungsperspektive selbst eine schon klassifizierte Opfergruppe, deren Verfolgung, Vertreibung, Ermordung dann Grundlage der jeweiligen Phänomenbeschreibungen und Analysen wird. Gerade weil ethnische und rassenbiologische Kriterien Elemente von Selbst- wie Fremdbeschreibungen darstellen, wäre die Selbstverständlichkeit, mit der von Juden, Hutus, Tutsis, Deutschen, Polen, Armeniern, Griechen, Türken und anderen die Rede ist, aber zunächst doch in Zweifel zu ziehen.

Schon in den diversen Vertragswerken, mit denen nach den verheerenden Kriegen 1912/1913 neue territoriale Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel kodifiziert werden sollten, zeigte sich die Abgründigkeit des Unterfangens, Staatsgrenzen entlang ethnischer Differenzen festzuschreiben. Wie entscheidet man, ob beispielsweise die Stadt Debar zu Albanien oder Serbien gehört? Die eine Seite bestand darauf, dass Debar überwiegend von albanischen Muslimen bewohnt werde, während die andere Seite anführte, die Stadt sei nie ein albanischer Mittelpunkt gewesen: zwar gäbe es zwei orthodoxe Episkopate, eine bulgarische und eine serbische Schu-

---

<sup>32</sup> Peter Jahn, Die vergessenen Russen. Leerstellen der Berliner Ausstellung über Flucht und Vertreibung, in: Süddeutsche Zeitung, 29.8.2006; Semler, Verwischte Spuren.

le, aber keine albanische; der gesamte Handel liege in den Händen von Christen und die umliegenden Dörfer würden überwiegend von Christen bewohnt.<sup>33</sup>

Die Definition, wer Griechen und wer Türke sei und damit entsprechend dem Vertrag von Lausanne 1923 über einen „Bevölkerungsaustausch“ den Ort, in dem er bislang gelebt hat, verlassen müsse, beruhte auf dem religiösen Bekenntnis. Als Türke galt, wer Moslem, als Grieche, wer orthodoxer Christ war. Dass später die Zuschreibung, Jude und damit des Todes zu sein, in erster Linie eine Definition der nationalsozialistischen Täter war, sich damit im Begriff des Genozids diese Täterperspektive auf eine gespenstische Weise perpetuiert und jene Opfer, die nichts anderes als Menschen sein wollten, in eine problematische Opferhierarchie zwingt, ist nicht zuletzt von Jean-Michel Chaumont mit guten Argumenten kritisiert worden.<sup>34</sup>

Wissen wir denn wirklich genug von den Gewaltpraktiken, den Tätern, Motiven und Situationen, von den Zuschreibungen, wer Opfer ist, oder von den Radikalisierungsdynamiken, die in dem einen Fall zu Mißhandlungen, Ausplünderungen, sexueller Gewalt und Vertreibung führt, in einem anderen darüber hinaus in die Ermordung mündet? Vieles spricht also dafür, sich Jacques Semelin anzuschließen und die Perspektive auf die Massenmorde des 19. und 20. Jahrhunderts zu verändern.<sup>35</sup> Im Mittelpunkt stünde dann nicht mehr das Klassifizierungsproblem als vielmehr die Analyse der konkreten Gewalttaten, die unterschiedlichen Akteure wie politischen Ordnungen und situativen Gegebenheiten. Darüber hinaus weisen die sogenannten ethnischen Säuberungen, die mit der biologisch definierten Homogenität des Volkes einhergehen, darauf hin, dass sich diese Vertreibungen und Morde prinzipiell von den Massakern und Kriegsgreueln vorangegangener Jahrhunderte unterscheiden. Die Staatenkriege als Gewaltform des Konzepts der Nation, die nach innen pazifiziert und die Feinde im Außen sucht, wurden abgelöst durch die Eroberung von „Lebensraum“, Vernichtungskriege und ethnischen Säuberungen in der Politik des biologisierten Volkes. Nicht die Zahl der Toten oder die Form der Gewalt stünde damit im Mittelpunkt der Analyse, sondern das Kriterium der Selektion, wer leben soll und wer sterben muß.<sup>36</sup>

Karl Schlögel hat 2003 dafür plädiert, jenseits der Debatten um deutsche, europäische oder sonstige Institutionen gegen die Vertreibungen damit zu beginnen, Spuren zu suchen und zu sichern. „Es gibt so etwas wie einen europäischen Bildervorrat und eine europäische lieux de memoire: Viehwaggons für die Deportation, die Beschlagnahme- und Ausweisungskommandos, erreichte Grenzen und Übergangsstellen, die Evakuierungsschiffe, die Marschkolonnen, die Fluchtbrücken, die Brutalität des Deportationsvorgangs, die Selektion und die Ausgrenzungsmechanis-

33 Vgl. *Katrin Boeckh*, Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan, München 1996, 44.

34 *Jean-Michel Chaumont*, Die Konkurrenz der Opfer. Genozid, Identität und Anerkennung, Lüneburg 2001.

35 *Jacques Semelin*, Elemente einer Grammatik des Massakers, in: *Mittelweg* 36, 15. Jg. 2006, Heft 6, 18–40.

36 Vgl. dazu *Michael Wildt*, Biopolitik, ethnische Säuberungen und Volkssouveränität. Eine Skizze, in: *Mittelweg* 36, 15. Jg. 2006, H.6, 17–106

men, die Zeichnung durch Armbinden, die Flüchtlingstrecks vor allem, die Barackenlager und Zeltstädte; auch Orte der Greuel und des Schocks. [...] Jeder Ort, der es auf sich nähme, dies alles darzustellen und dokumentieren zu wollen, würde scheitern.“<sup>37</sup> Vielleicht stellt uns die Auseinandersetzung mit der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts vor eine wirklich neue Aufgabe: den Nationalstaat als Rahmen wie Voraussetzung des Politischen zu verlassen und statt dessen den Zusammenhang von Gewaltordnungen in Europa zu erforschen.

---

<sup>37</sup> *Karl Schlögel*, Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), Heft 1, 5–12, Zitat: S. 10.